Saarlouis, Freitag, 14. Oktober 1921.

# Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues und das angrenzende Lothringen.

Vierteljährlicher Bezugspreis: Durch unsere Agenten 18 Mk. Mit der Post bezogen 18 Mk. Zeilenpreise: a) für Anzeigen 41 mm Borgiszeile 1,25 Mk., b) für Reklamen 89 mm 6,00 Mk. Bei Wiederholungen günstigster Rabatt.

Nr. 230. 50. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. — In Saarlouis die Geschäftsstelle: Gefängnisstraße Nr. 6. — Telegramm-Adresse Saar-Zeitung. — Fernsprecher: Expedition Nr. 3. Redaktion Nr. 88. Postfach 88.

Im Falle höherer Gewalt oder bei Störungen im Betrieb hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung.

## Wie wird die Entscheidung über Oberschlesien ausfallen?

bz. Paris, 13. Okt. Die große Sensation in der oberschlesischen Frage bedeutet für die Pariser der Schritt, den der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer, beim französischen Ministerpräsidenten Briand unternommen hat. Der „Petit Parisien" teilt über den Inhalt des Schrittes mit, daß Dr. Mayer sich damit begnügt habe, die Aufmerksamkeit Briands auf die schweren politischen Folgen zu lenken, die in Deutschland eine Teilung des Industriegebietes in Oberschlesien finden müsse, er habe vielmehr Briand darauf aufmerksam gemacht, daß eine derartige Teilung dem Versailler Vertrag zuwiderlaufe. Die hiesige Presse betrachtet diesen Schritt im Zusammenhang mit Meldungen ihrer Privatkorrespondenten in Deutschland davon, um von einer unerhörten Erpressungsaktion Deutschlands zu sprechen. Deutschland drohe zunächst mit der Abdankung des Kabinetts Wirth. Es scheint, daß der „Petit Parisien", daß die Gerüchte über Abdankung des Kabinetts Wirth für den Fall der Teilung des oberschlesischen Industriegebietes mit Zustimmung des Kanzlers in Umlauf gebracht worden sind. Als zweites Charakteristikum der sogenannten deutschen Erpressungsaktion wird angeführt, daß die Deutschen drohen, das Wiesbadener Abkommen nicht auszuführen, wenn die Entscheidung über Oberschlesien ihren Interessen entgegenlaufe. Pertinax schreibt im „Echo de Paris", man solle sich nicht allzuviel aus der Erregung Deutschlands machen. Lassen wir, schreibt er, durch derartige Manifestationen, die in den nächsten Tagen noch lärmender gestaltet werden, nicht ins Bockshorn jagen. Im Grunde ihres Herzens wissen die Deutschen, daß man ihnen in Oberschlesien nicht viel wegnimmt. Der „Matin" macht über das Schicksal des Kabinetts Wirth heute folgende Voraussagungen: Die Reaktion wird jede Teilung des Industriegebietes als eine Ungeheuerlichkeit bezeichnen, sie wird Herrn Wirth vorwerfen, daß er eine verbrecherische Politik getrieben und das Land ruiniert habe, indem er begonnen habe, Deutschlands Verpflichtungen zu erfüllen, bevor er über die Entscheidung von Genf sicher war. So wird die deutsche Regierung sehr gebrechlich und mit ihr alle Abkommen, die sie unterzeichnet hat. In dem sachlichen Inhalt der Entscheidung des Völkerbundes sind immer noch widersprechendsten Gerüchte im Umlauf, jedoch tritt die Vision immer mehr in den Vordergrund. Wir geben sie in der Form wieder, in der sie Pertinax im „Echo de Paris" veröffentlicht: Mit Ausnahme von Kattowitz und Königshütte erhält Deutschland das gesamte Grubengebiet. Die wirtschaftliche Einheit des Landes wird aufrechterhalten durch die Arbeit einer Internationalen Kommission. Nach der Meinung des Blattes bedeutet dies, daß wenn die industrielle Herrschaft Deutschlands über das ganze Gebiet bestehen bleibe, so müsse man verstehen, daß unter diesen Umständen die Grenzlinie selbst ungeheuer an Wichtigkeit verliere. Zu verzeichnen ist dann noch eine Havas-Meldung aus London, die scheinbar auf Grund besonderer Informationen aus dem Munde von Amtlichen, die der englischen Presse vorliegen, herausgegeben wurde: Beuthen werde an Deutschland, Kattowitz an Polen fallen. Es ist zweifelhaft, ob eine endgültige Entscheidung noch heute der Oeffentlichkeit bekanntgegeben werden kann. Dem „Cablogramme" zufolge hat man sich in Genf gefragt, ob bei der Gelegenheit der Verkündung der Entscheidung eine feierliche Sitzung des Völkerbundsrates stattfinden solle. Das Blatt glaubt zu wissen, daß der Quai d'Orsay einer solchen Zeremonie ablehnend gegenüberstehe.

### Vollsitzung des Völkerbundsrates.

bz. Genf, 13. Okt. Der Völkerbundsrat ist Dienstag abend zu einer Vollsitzung zusammengetreten. Eine große Anzahl von Journalisten hatte sich in den Sälen des Palais des Nations eingefunden, da sich schnell das Gerücht verbreitet hatte, daß der Rat seine letzte Sitzung abhalten und gegebenenfalls eine öffentliche Sitzung für die nächsten Tage anberaumen werde, um das endgültige Ergebnis der Verhandlungen bekannt zu geben. Als die Ratsmitglieder auseinander gingen, erfuhr man jedoch, daß auch morgen noch Beratungen stattfinden. Was die Lösung der oberschlesischen Frage anlangt, so wurde von gut unterrichteten Persönlichkeiten versichert, daß die endgültige Grenzlinie nunmehr festgesetzt sei. Andererseits hört man aber, daß sie nur in großen Zügen festgesetzt sei und einige Punkte noch ungeklärt seien. Wie es heißt, sollen die weiteren Einzelheiten der Frage vor allem der redaktionellen Abfassung eines sehr umfangreichen Gutachtens gelten, hauptsächlich den Vertragsartikeln, die nötig seien, um die künftigen deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen auf beiden Seiten der Grenze zu regeln. Auch die Form und der Zeitpunkt der Veröffentlichung des Gutachtens wurde lange im Völkerbundsrate besprochen. Es scheint, daß der Völkerbundsrat und der Oberste Rat über diese Frage verhandeln. Mit Bestimmtheit wird versichert, daß die Mitteilungen, gleichviel ob sie von Genf oder Paris ausgehen, erst dann erfolgen sollen, wenn alle militärischen Vorbereitungen in Oberschlesien getroffen und für eine rechtzeitige Notifizierung an die interessierten Regierungen gesorgt sei.

### Das Gutachten des Völkerbundes.

bz. Genf, 13. Okt. Das Gutachten des Völkerbundsrates über die oberschlesische Frage ist fertiggestellt und ist an den Obersten Rat abgegangen. Die Privatmeldungen über die Grenzlinie sind bisher vom Völkerbundssekretariat dementiert worden. Es bestätigt sich vielmehr, daß die übermittelten Angaben des Wolffschen Büros im allgemeinen zutreffen. Der Rat schloß Dienstag abend die Genfer Tagung ab, nachdem er Mittwoch vormittag noch eine längere Vollsitzung abgehalten hatte. Der Oberste Rat bezw. die Botschafterkonferenz sollen heute zur Prüfung des Gutachtens des Völkerbundsrates in Paris zusammentreten. Gleichzeitig sollen die nötigen Polizeimaßnahmen in Oberschlesien getroffen werden. Wenn alle diese Vorbereitungen beendet sind, wird das Gutachten des Völkerbundsrates als Beschluß des Obersten Rates veröffentlicht. Man rechnet damit, daß die Veröffentlichung Sonnabend oder Sonntag gleichzeitig in den Ententehauptstädten und in Genf erfolgt.

* Paris, 13. Okt. Der Temps ist in seiner gestrigen Abendausgabe in der Lage, Einiges aus dem endgültigen Gutachten des Völkerbundes über die Lösung der oberschlesischen Frage bekannt zu geben. Das Gutachten besteht aus 5 Teilen:

1. einem Mantelschreiben,
2. einer Vorrede, in der die Gründe angegeben werden, nach denen der Völkerbundsrat seine Beschlüsse gefaßt hat,
3. einer Festsetzung der neuen polnisch-deutschen Grenzlinie,
4. einer Empfehlung, die Deutschland und Polen einladet, gewisse Abkommen bezüglich der wirtschaftlichen Verhältnisse in Oberschlesien zu treffen,
5. der Errichtung eines wirtschaftlichen Regimes für Oberschlesien mit einer gemischten Kommission an der Spitze, die dessen Anwendung zu überwachen hat.

Die neue Grenzlinie

läuft so, daß

1. Polen Pleß ganz, und Rybnik zum größten Teile erhält;
2. das Industriegebiet wird geteilt; Deutschland behält die Kreise Gleiwitz, Hindenburg und Beuthen-Stadt, während Polen Königshütte, Beuthen-Land, Kattowitz-Stadt und Land zugeteilt wird;
3. die Kreise Tarnowitz und Lublinitz kommen mit ihren östlichen Teilen an Polen, in ihren westlichen an Deutschland;
4. Deutschland behält die anderen oberschlesischen Kreise: Rosenberg, Kreuzburg, Oppeln, Groß-Strehlitz, Tost, Kosel, Oberglogau, Leobschütz und Ratibor.

### Der Spruch des Völkerbundsrats.

— Berlin, 13. Okt. Zu Beginn der heutigen Sitzung des Preußischen Landtages verlas Präsident Leinert im Auftrag der Mehrheit des Hauses mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Kommunisten eine Erklärung zur oberschlesischen Frage.

### Protest der deutschen Bevölkerung von Kattowitz.

bz. Kattowitz, 13. Okt. Dienstag mittag 12 Uhr wurde nachstehendes Telegramm von den Vertretern der deutschen Bevölkerung der Stadt Kattowitz an folgende Stellen gesandt: Völkerbundsrat Genf, Premierminister Lloyd George, Ministerpräsident Briand, Paris, Premierminister Bonomi, Rom und japanischer Botschafter in Paris:

In der Stadt Kattowitz wurden bei der Volksabstimmung über 80% Stimmen für Deutschland abgegeben. Die Zuteilung der Stadt an Polen wäre eine grobe Mißachtung des deutschen Ergebnisses. Die deutsche Bevölkerung ist aufs Tiefste erregt durch die Pressemeldungen, daß eine derartige Zuteilung in Erwägung gezogen werden könne, und will an die Richtigkeit der Meldungen nicht glauben. Das Wirtschaftsleben der Stadt ist mit dem deutschen Wirtschaftsgebiet untrennbar verbunden. Ihre Loslösung vom Vaterlande würde ihre Lebensbedingungen vernichten. Wir fordern deshalb, gestützt auf das feierlich verbriefte Recht der Volksabstimmung, die Stadt Kattowitz bei Deutschland zu belassen.

### Die politischen Parteien Oberschlesiens an den Reichskanzler.

bz. Kattowitz, 13. Okt. Die katholische Volkspartei (Zentrum) Oberschlesiens hat an den Reichskanzler folgendes Telegramm gerichtet: Der Völkerbundsrat soll eine weitgehende Teilung Oberschlesiens, besonders des Industriegebietes, z. Errichtung einer phantastischen wirtschaftlichen Einheit ernstlich erwägen. Die Durchführung dieses Planes, der die tatsächlichen Verhältnisse ganz außer acht läßt, würde den Ruin Oberschlesiens bedeuten und eine Quelle ständiger Bedrohung des europäischen Friedens sein. Wir erwarten eine alsbaldige Erklärung der Reichsregierung, daß eine solche Entscheidung unannehmbar wäre und den sofortigen Rücktritt des Kabinetts zur Folge hätte.

bz. Beuthen, 13. Okt. Aus Gleiwitz wird gemeldet: Der Landesverband Oberschlesien der Deutsch-Nat. Volkspartei hat folgendes Telegramm an den Reichskanzler gerichtet: Die Nachrichten über die in Genf beschlossene Teilung Oberschlesiens verdichten sich in bedrohlicher Weise. Daher fordern wir den Kanzler in letzter Stunde auf, jede Vergewaltigung der Deutschen in Oberschlesien mit aller Entschiedenheit abzulehnen. Wir haben trotz des polnischen Terrors, trotz der Bevorzugung der Polen und trotz des die Deutschen benachteiligenden Abstimmungsreglements am 20. 3. einen überwältigenden Sieg gehabt. Niemals darf das Deutsche Reich zugeben, daß wir um die Früchte dieses Sieges und um unser freies Selbstbestimmungsrecht betrogen werden. Wir stellen uns hinter jede Maßnahme der Reichsregierung, die geeignet ist, Oberschlesien ganz und ungeteilt dem Deutschen Reiche zu erhalten.

bz. Kattowitz, 13. Okt. Die Deutschdemokratische Partei Oberschlesiens hat an den Reichskanzler folgendes Telegramm gesandt: Die unkontrollierbaren, aber bestimmt lautenden Pressenachrichten über den Vorschlag der Sachverständigen des Völkerbundsrates in der oberschlesischen Frage veranlassen uns, der Reichsregierung noch einmal in letzter Stunde unsere Auffassung darzulegen: Die große Mehrheit der Bevölkerung Oberschlesiens hat sich bei der Abstimmung für das Verbleiben bei Deutschland entschieden. Die Nichtbeachtung des Willens der Mehrheit würde den einfachen Begriffen über die Abstimmung zuwiderlaufen und dem Willen des Friedensvertrages widersprechen. Der Plan der Schaffung einer polnischen Souveränität ist der stärkste Beweis für die tatsächliche Unteilbarkeit Oberschlesiens, die Lebensfähigkeit des Polen zuzusprechenden Gebietes soll durch Deutschland erhalten werden. Ein solcher Vorschlag kann nur der Tatsache entspringen, Deutschland unter allen Umständen an der Gesundung zu verhindern. Die Deutsch-dem. Partei weiß, daß mit der Unterschrift des Ultimatums vom Mai dem deutschen Volke die schwersten Lasten aufgebürdet worden sind. Sie weiß aber auch, daß es unmöglich ist, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, wenn die bisherigen Feinde die wirtschaftliche und politische Vernichtung Deutschlands planmäßig weiter betreiben, obschon die deutsche Regierung die übernommenen Verpflichtungen bis ins Letzte erfüllt. Wird der Vorschlag der Sachverständigen zur Tatsache, so fordern wir von der Reichsregierung in völliger Erkenntnis der für die abzutretenden Gebiete erwachsenden Folgen die unbedingte Ablehnung der Anerkennung der geplanten recht- und vernunftwidrigen Lösung. Wir können uns keine deutsche Regierung vorstellen, die diesen offenbaren Rechtsbruch anerkennen würde. Wenn der Völkerbundsrat das Recht beugen will, dann muß er allein die Verantwortung für die Vernichtung der kulturellen, zivilisatorischen und wirtschaftlichen Werte tragen, die Oberschlesien einzig und allein Deutschland zu verdanken hat.

### Protest der deutschen Zeitungen.

bz. Berlin, 13. Okt. Einmütig erheben sämtliche Blätter schärfsten Protest gegen die in Genf gefällte Entscheidung über die Zukunft Oberschlesiens. Die „Deutsche Allg. Ztg." schreibt: Oberschlesien bildet politisch und wirtschaftlich eine unteilbare Einheit und es ist ein Verbrechen an der deutschen wie an der polnischen Bevölkerung, das Abstimmungsgebiet, das im Laufe der Geschichte immer zusammen geblieben war, zu zersplittern. Der Völkerbundsrat gibt durch seine Entscheidung den letzten wirklichen Rest von Ansehen auf, den er in der Welt vielfach noch besaß. Bleibt er dabei, daß der Oberste Rat die bisher skizzierte Aufteilung Oberschlesiens anerkennt, so ist die gesamte Grundlage gestürzt, auf der das politische und wirtschaftliche Leben in Deutschland aufgebaut ist. Die Entscheidung über Oberschlesien treibe nicht nur das Kabinett Wirth in den Abgrund, auch die Bildung einer neuen Regierung, deren Zusammensetzung im einzelnen man sich denken kann wie man will, wird so gut wie illusorisch. Hinter dem Verlust Oberschlesiens droht das Chaos, eine Wirrnis, aus der das verzweifelte deutsche Volk sich nicht mehr herausfinden kann.

Das „Berliner Tageblatt" bezeichnet die Entscheidung des Völkerbundsrates als einen welthistorischen Skandal. Der Rat habe sich mit grenzenloser Oberflächlichkeit und unter völliger Mißachtung jeder Rechtsidee zum Werkzeug der Gewaltpolitik und der Intransigenz gemacht. Von Unparteilichkeit und Gerechtigkeit sei wirklich keine Spur mehr zu entdecken.

Der „Vorwärts" schreibt: Wir Deutschen dürfen keinen Zweifel lassen, daß der Friedensvertrag mit dem Teilungsplane des Völkerbundes nicht erfüllt ist. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die starke Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft, sind nicht genügend berücksichtigt worden, vergewaltigt sind die, die von friedlicher Arbeit leben.

### Sitzung des Reichskabinetts.

bz. Berlin, 13. Okt. In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts gab der Reichskanzler der allgemeinen Erregung darüber Ausdruck, daß der Völkerbundsrat in Genf, soweit es sich aus bis jetzt nicht widersprochenen Nachrichten entnehmen lasse, über das oberschlesische Gebiet in einer Weise verfügt hat, die weder der durch die Abstimmung klar zu Tage getretenen Willenskundgebung der oberschlesischen Bevölkerung noch den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes entspreche. Treffe diese Nachricht zu, fälle der Oberste Rat eine so geartete Entscheidung, so werde deutsches Land mit allen von deutschem Fleiße und deutschem Geiste geschaffenen Arbeitswerten und Kulturwerten vom Reiche getrennt und unter die Fremdherrschaft gestellt. Die Losreißung würde nicht nur von der Mehrheit der oberschlesischen Bevölkerung, sondern auch vom gesamten deutschen Volke als eine Vergewaltigung und ein bitteres Unrecht empfunden werden. Nicht die friedliche Entwicklung, sondern unablässige Beunruhigung und Zwistigkeiten würden die Folge sein. Dem deutschen Wirtschaftskörper würde eine unheilvolle Wunde geschlagen werden. Der Kanzler erklärte dann: Falls die Entscheidung so aus, wie es zu fürchten sei, so sei eine neue Lage geschaffen, die die Voraussetzungen entscheidend beeinflusse, unter denen die gegenwärtige Regierung die Reichsgeschäfte übernahm und führte. Eine abschließende Erklärung werde das Kabinett erst dann abgeben können, wenn der Spruch des Obersten Rates amtlich vorliegt. Der Reichskanzler stellte dies als die einmütige Auffassung des gesamten Kabinetts fest.

### Einberufung des Reichstages.

bz. Berlin, 13. Okt. Ueber die gestrige Nachmittagssitzung des Reichskabinetts weiß das Berl. Tageblatt noch zu berichten, daß, sollte es zu einem Rücktritt der Reichsregierung kommen, Wirth vielleicht mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werden wird. Eine neue Kabinettssitzung ist bisher nicht anberaumt worden, dagegen nehmen die Blätter an, daß der Reichstag schon für Ende nächster Woche einberufen werden wird, um ihm die Frage des Rücktritts des Kabinetts zu unterbreiten.

### Sitzung des Obersten Rates.

bz. London, 13. Okt. Nach dem Daily Telegraph hält man es für nötig, eine baldige Konferenz des Obersten Rates einzuberufen, um den Vorschlag des Völkerbundsrates formell zu ratifizieren und den verschiedenen Körperschaften, die mit der Durchführung der Anordnungen des Obersten Rates betraut werden, die notwendigen Anweisungen zu erteilen.

### Lord Grey und der Völkerbund.

bz. London, 13. Okt. Lord Grey erklärte in einer Rede zu Gunsten des Völkerbundes, wenn keine Körperschaft wie der Völkerbund bestanden hätte, so wisse er nicht, welcher Ausweg aus der oberschlesischen Frage hätte gefunden werden können. Wenn der Völkerbund die oberschlesische Frage regele, so wäre das ein sehr großer Triumph für die Entente, selbst wenn er sie nicht regele, so würde er einen sehr großen Dienst dadurch erwiesen haben, daß er der britischen und französischen Regierung aus einem kritischen Augenblick in ihren Beziehungen herausgeholfen habe.

### Die englische Presse zur Entscheidung des Völkerbundsrates.

bz. London, 13. Okt. „Daily News" weist in einem Leitartikel darauf hin, daß der Erfolg des Völkerbundsplanes letzten Endes davon abhänge, daß Polen und Deutschland die Notwendigkeit ihrer Mitwirkung dabei einsehen. Die Vorstellungen, die, wie verlautet, von seiten Deutschlands sowohl in London als auch in Paris gemacht worden seien, um die Annahme der Vorschläge des Völkerbundes zu verhindern, bezeichnet Daily News als „höchst unschicklich". Deutschland sei verpflichtet, die Entscheidung der Mächte bezgl. Oberschlesiens anzunehmen, und es liege in seinem eigenen Interesse, sein Bestes zu tun, um den Plan, wie er auch sei, zu fördern.

„Daily Telegraph" beglückwünscht in einem Leitartikel „die vier Delegierten der nichtinteressierten Mächte zu der geschäftsmäßigen Schnelligkeit, mit der sie die wichtigen Aufgaben, die ihnen übertragen waren, erledigt hätten". Das Blatt schreibt: Dieser maßgebende und unparteiische Spruch müßte das Ende eines gefährlichen Streits bedeuten, der noch vor wenigen Wochen den Frieden Europas bedrohte. Das Blatt fährt fort, der Bericht des Völkerbundes werde in Polen mit größerer Befriedigung aufgenommen werden als in Deutschland, die Polen gingen dabei sehr gut aus und erhielten ein sehr wesentliches Stück des reichen Industriegebiets. Die britische, französische und italienische Regierung müßten jetzt noch erwägen, wie die Lösung am besten zur Durchführung gebracht werden könnte, und welche Schritte getan werden müßten, um jedem Widerstande, der sich etwa ergeben sollte, zu begegnen. Hier beständen gewisse Schwierigkeiten, denn es gebe in Deutschland Gruppen und Personen, die wütend über die den Polen gemachten Zugeständnisse seien und ihr Bestes tun würden, um sie zu nichte zu machen. Es werde auch unter den Polen Extremisten geben, die mit dem Polen zugewiesenen Anteil unzufrieden sein würden. Daily Telegraph schreibt,